



Der Text dieser Satzung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl sind Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt oder in der Studienberatung einsehbare, bzw. die im Internet unter

<http://www.uni-bayreuth.de/de/universitaet/organisation/abt1/amtliche-bekanntmachungen/index.html>

amtlich bekannt gemachte Satzung.

Bitte beachten Sie die Regelungen zum In-Kraft-Treten in der jeweiligen Änderungssatzung!

Grundordnung der Universität Bayreuth Vom 25. Juni 2007 In der Fassung der Achten Änderungssatzung Vom 20. April 2015

Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. 2006, S. 245 ff.) in der jeweils gültigen Fassung erlässt die Universität Bayreuth folgende Grundordnung:

Präambel

¹Die Universität Bayreuth ist eine international operierende kooperations- und schwerpunktorientierte Universität mit innovativen interdisziplinären Forschungsstrukturen und daraus abgeleiteter Lehre. ²Durch Forschung, Lehre und Weiterbildung dient sie dem wissenschaftlichen Fortschritt und einer wissenschaftsbezogenen Ausbildung. ³Im Rahmen ihrer Forschungs- und Lehraufgaben widmet sie sich der Qualitätssicherung und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. ⁴Sie fördert die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. ⁵Sie setzt sich für die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie ein.

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Rechtsstellung und Gliederung der Universität

I. Abschnitt: Die zentralen Organe der Universität

§ 2 Hochschulleitung

§ 3 Präsidentin oder Präsident

§ 4 Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten

§ 5 Senat

§ 6 Hochschulrat

§ 7 Aufgaben der zentralen Organe

§ 8 Ehrungen

II. Abschnitt: Die Fakultäten

§ 9 Fakultäten

§ 10 Dekaninnen und Dekane

§ 11 Prodekaninnen und Prodekane

§ 12 Studiendekaninnen und Studiendekane

§ 13 Fakultätsräte

III. Abschnitt: Weitere Organe und Einrichtungen der Universität

§ 14 Organe der Qualitätssicherung in Studium und Lehre

§ 15 Forschungseinrichtungen

§ 16 Ombudsman für die Wissenschaft

§ 17 Präsidialkommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs

§ 18 Präsidialkommission für Lehre und Studium

§ 19 Präsidialkommission für Lehrerbildung

§ 20 Präsidialkommission für Internationale Angelegenheiten

§ 21 Präsidialkommission Studienzuschüsse

§ 22 Präsidialkommission für Informations- und Kommunikationstechnologie

§ 23 Präsidialkommission für Chancengleichheit und Diversitätsmanagement

§ 24 Präsidialkommission für wissenschaftliche Personalentwicklung (Bayreuth-Track-Kommission)

§ 25 Zentrum für Lehrerbildung

§ 26 Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

§ 27 Studierendenvertretungen

§ 28 Frauenbeauftragte

§ 29 Beauftragte oder Beauftragter für die familiengerechte Hochschule

§ 30 Beauftragte oder Beauftragter für Studierende mit Behinderung

§ 31 Kuratorium

IV. Abschnitt: Wahlverfahren

- § 32 Anwendungsbereich
- § 33 Abstimmungen
- § 34 Wahlergebnis
- § 35 Annahme der Wahl

V. Abschnitt: Geschäftsgang

- § 36 Anwendungsbereich
- § 37 Geschäftsordnungen
- § 38 Mitgliedschaft in den Gremien
- § 39 Belehrung der Gremienmitglieder
- § 40 Sitzungen und Ladungen zu Sitzungen
- § 41 Beschlussfähigkeit
- § 42 Beschlussfassung
- § 43 Öffentlichkeit und gastweise Hinzuziehung

VI. Abschnitt: Schlussvorschriften

- § 44 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

§ 1

Rechtsstellung und Gliederung der Universität

- (1) ¹Die Universität Bayreuth ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung; die Mitgliedschaft richtet sich nach Art. 17 BayHSchG. ²Sie ist zugleich eine staatliche Einrichtung.
- (2) Zentrale Organe der Universität sind die Hochschulleitung, der Senat und der Hochschulrat.
- (3) Die Universität gliedert sich in sechs Fakultäten.
- (4) ¹Im Rahmen des Zusammenwirkens mit anderen Hochschulen können Mitglieder einer anderen Hochschule oder einer anderen staatlichen oder staatlich geförderten Forschungseinrichtung als Zweitmitglieder an der Universität Bayreuth aufgenommen werden. ²Voraussetzung für die Aufnahme als Zweitmitglied ist die enge Zusammenarbeit der beantragenden Person mit der Universität Bayreuth und hierbei insbesondere die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung. ³Über einen Antrag auf Zweitmitgliedschaft entscheidet das Präsidium der Universität Bayreuth im Einvernehmen mit der betroffenen Fakultät bzw. mit der betroffenen Forschungseinrichtung. ⁴Sofern der Antrag auf Zweitmitgliedschaft durch das Präsidium bewilligt wird, erfolgt die Zuordnung der antragstellenden Person als Mitglied der Universität Bayreuth. ⁵Personen, die als Zweitmitglied an der Universität Bayreuth aufgenommen wurden, sind an dieser weder wahlberechtigt noch wählbar.

I. Abschnitt: Die zentralen Organe der Universität

§ 2

Hochschulleitung

- (1) Der Hochschulleitung (Präsidium) gehören die Präsidentin oder der Präsident, vier Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und die Kanzlerin oder der Kanzler an.
- (2) Abweichend von Art. 24 BayHSchG wird eine Erweiterte Hochschulleitung nicht gebildet.
- (3) Das Präsidium hat das Recht, Ausschüsse und Kommissionen zu bilden.
- (4) Die Beteiligung der Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Studierenden sowie der Frauenbeauftragten oder des Frauenbeauftragten bei sie betreffenden Angelegenheiten richtet sich nach Art. 20 Abs. 1 Satz 3 1. Halbsatz BayHSchG.

§ 3

Präsidentin oder Präsident

- (1) Die Amtszeit der Präsidentin oder des Präsidenten beträgt sechs Jahre; Wiederwahl ist über zwölf Jahre hinaus zulässig.
- (2) ¹Abweichend von Art. 21 Abs. 1 Satz 1 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG wird die Präsidentin oder der Präsident vom Senat und vom Hochschulrat in gemeinsamer Sitzung in dem in Abs. 7 näher geregelten Wahlverfahren gewählt. ²Hochschulrat und Senat wirken bei der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten und ihrer Vorbereitung vertrauensvoll zusammen.
- (3) ¹Der Senat beschließt im Einvernehmen mit dem Hochschulrat spätestens ein Jahr vor Ablauf der Amtszeit der amtierenden Präsidentin oder des amtierenden Präsidenten eine Ausschreibung; er legt das Ende der Bewerbungsfrist, den Zeitpunkt der Verabschiedung der Vorschlagsliste sowie Ort und Zeit der Neuwahl der Präsidentin oder des Präsidenten fest. ²Die Bewerbungsfrist soll nicht kürzer als vier Wochen sein; die Bewerbungen müssen schriftlich erfolgen. ³Die oder der Vorsitzende des Hochschulrats und die oder der stellvertretende Vorsitzende des Senats informieren gemeinsam die Mitglieder von Hochschulrat und Senat über die eingegangenen Bewerbungen.
- (4) ¹Die oder der Vorsitzende des Hochschulrats und die oder der stellvertretende Vorsitzende des Senats erstellen gemeinsam auf der Grundlage von Vorschlägen der Dekaninnen und Dekane und sonstiger stimmberechtigter Mitglieder des Senats sowie von Mitgliedern des Hochschulrats eine Vorschlagsliste mit einer Bewerberin oder einem Bewerber oder mehreren Bewerberinnen und Bewerbern; Bewerberinnen und Bewerber sind in die Vorschlagsliste aufzunehmen, wenn entweder der Senat oder der Hochschulrat dies beschließt. ²Die Vorschläge erfolgen auf der Grundlage der eingegangenen Bewerbungen; es können auch Personen vorgeschlagen werden, die sich nicht beworben, aber ihr schriftliches Einverständnis erklärt haben. ³Den Bewerberinnen und Bewerbern wird bei Bedarf Gelegenheit gegeben, sich den Mitgliedern des Hochschulrats und des Senats in einer gemeinsamen Sitzung vorzustellen.
- (5) ¹Die Mitglieder des Senats und des Hochschulrats sind spätestens vier Wochen vor der Wahl schriftlich zu laden. ²Der Ladung ist die Vorschlagsliste sowie die Angabe über die Anzahl der Bewerbungen beizufügen. ³Gleichzeitig werden die Mitglieder von Senat und Hochschulrat zu einer hochschulöffentlichen Informationsveranstaltung geladen, die in der Regel eine Woche vor der Wahl stattfindet. ⁴Die Ladung erfolgt durch die Kanzlerin oder den Kanzler. ⁵Dieser oder diesem obliegt auch die Sitzungsleitung bei der Informationsveranstaltung sowie bei der Wahl selbst. ⁶Bei der Informationsveranstaltung erhalten die Mitglieder von Senat und Hochschulrat Gelegenheit, sich über Lebensweg und Werdegang der Kandidatinnen und Kandidaten zu informieren. ⁷Die Kandidatinnen und Kandidaten haben die Möglichkeit, ihr Konzept zur Weiterentwicklung der Universität

vorzustellen. ⁸Die Mitglieder von Senat und Hochschulrat können die Kandidatin oder den Kandidaten auf das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten bezogene Fragen stellen. ⁹Im Anschluss an die Informationsveranstaltung findet eine gemeinsame Aussprache des Senats und des Hochschulrats statt.

- (6) Die Durchführung der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten obliegt der Kanzlerin oder dem Kanzler als Wahlleiter.
- (7) ¹Für die Wahl gilt folgendes Verfahren: Senat und Hochschulrat wählen in gemeinsamer Sitzung, jedoch in getrennten Wahlgängen. ²Gewählt ist, wer sowohl im Senat als auch im Hochschulrat die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder erhält. ³Erhält in zwei Wahlgängen keiner der Kandidatinnen und Kandidaten die Mehrheit der Mitglieder im Senat und im Hochschulrat, so wird die Präsidentin oder der Präsident vom Hochschulrat in einem dritten Wahlgang mit der Mehrheit der Mitglieder gewählt. ⁴Eine Stichwahl im zweiten Wahlgang ist abweichend zu § 34 Abs. 2 Sätze 2 und 3 ausgeschlossen.
- (8) Kommt eine Wahl nicht zustande, ist eine neue Wahl unverzüglich durch erneute Ausschreibung einzuleiten; dasselbe gilt, wenn die Präsidentin oder der Präsident aus dem Amt ausscheidet.
- (9) ¹Die Präsidentin oder der Präsident kann aus wichtigem Grund vom Senat und vom Hochschulrat in gemeinsamer Sitzung abgewählt werden. ²Der Antrag kann nur von der Mehrheit der Mitglieder des Senats oder der Mehrheit der Mitglieder des Hochschulrats unter Angabe des Grundes gestellt werden. ³Zwischen dem Eingang des Antrags und der gemeinsamen Sitzung von Senat und Hochschulrat muss eine Frist von mindestens einer Woche liegen. ⁴Die Ladung erfolgt durch die Kanzlerin oder den Kanzler, der bzw. dem auch die Sitzungsleitung obliegt. ⁵Über den Antrag ist nach Aussprache abzustimmen. ⁶Für die Abwahl gilt abweichend von Art. 21 Abs. 3 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG das in Abs. 7 geregelte Verfahren entsprechend; erforderlich ist jeweils eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder von Senat und Hochschulrat.

§ 4

Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten

- (1) Die Universität hat eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten für Lehre und Studierende, eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten für Internationale Angelegenheiten und Chancengleichheit sowie eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten für Informationstechnologie und Entrepreneurship.
- (2) ¹Die Amtszeit der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten beträgt drei Jahre. ²Einmalige Wiederwahl ist zulässig.

- (3) ¹Abweichend von Art. 22 Abs. 1 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG werden die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten vom Senat und vom Hochschulrat in gemeinsamer Sitzung gewählt; für das Wahlverfahren gilt § 3 Abs. 7 entsprechend. ²Die Präsidentin oder der Präsident hat das Vorschlagsrecht; sie oder er kann außer den der Hochschule angehörenden Professorinnen und Professoren ein Mitglied aus dem Kreis der sonstigen hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Wahl vorschlagen.
- (4) ¹Die Wahl soll in der Vorlesungszeit des letzten in die Amtszeit der amtierenden Vizepräsidentin oder des amtierenden Vizepräsidenten fallenden Semesters stattfinden. ²Scheidet eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident vorzeitig aus dem Amt aus, ist eine Neuwahl spätestens in der Vorlesungszeit des nächsten Semesters durchzuführen.
- (5) ¹Die Präsidentin oder der Präsident lädt die Mitglieder des Senats und des Hochschulrats zur gemeinsamen Wahlsitzung und leitet diese. ²Für diese Ladung gilt eine Ladungsfrist von mindestens zwei Wochen. ³Der Ladung sind die Vorschläge der Präsidentin oder des Präsidenten beizufügen.
- (6) Abweichend von Art. 22 Abs. 2 Satz 3 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG gilt für die Abwahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten § 3 Abs. 9 entsprechend.

§ 5 **Senat**

- (1) ¹Abweichend von Art. 25 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Senat an:
1. fünf Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG),
 2. zwei Vertreterinnen und Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG),
 3. eine Vertreterin oder ein Vertreter der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG),
 4. drei Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden,
 5. die oder der Frauenbeauftragte der Hochschule,
 6. die Dekaninnen und Dekane der Fakultäten,
 7. die Präsidentin oder der Präsident sowie die Direktorin oder der Direktor und die Sprecherin oder der Sprecher der Doktorandenversammlung der University of Bayreuth Graduate School als Mitglieder ohne Stimmrecht.
- ²Für die Wahl und die Amtszeit der Mitglieder des Senats nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 gelten die Vorschriften der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16.06.2006 (GVBl. S. 338) in der jeweils gültigen Fassung entsprechend. ³Erfolgt die Stimmabgabe nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§ 2 Abs. 1 Satz 1 BayHSchWO), so gilt abweichend von § 11 Abs. 4 Satz 1 BayHSchWO für die Vergabe

der Stimmen Art. 34 Nrn. 2, 3 und 5 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) sinngemäß. ⁴Für die Feststellung des Wahlergebnisses gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 BayHSchWO wird anstelle der gültigen Stimmzettel auf die gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, abgestellt.

- (2) ¹Den Vorsitz im Senat führt abweichend von Art. 25 Abs. 2 BayHSchG die Präsidentin oder der Präsident. ²Der Senat wählt aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. ³Vorsitzende oder Vorsitzender und Stellvertreterin oder Stellvertreter stimmen sich bei der Erstellung der Tagesordnung ab; Näheres wird in der Geschäftsordnung des Senats geregelt. ⁴Die Geschäftsordnung legt auch fest, in welcher Weise die Fakultäten über Senatsangelegenheiten zu informieren und zu konsultieren sind. ⁵Die Präsidentin oder der Präsident informiert den Hochschulrat über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen des Senats.
- (3) ¹Abweichend von Art. 25 Abs. 4 Satz 1 BayHSchG kann der Senat im Einvernehmen mit dem Präsidium beratende Ausschüsse einsetzen. ²Durch die Einsetzung eines beratenden Ausschusses darf die Entscheidungsfindung des Senats um nicht mehr als ein Semester verzögert werden.
- (4) Im Zuge der Stellungnahme des Senats zu Berufungsvorschlägen gemäß Art. 18 Abs. 5 Satz 1 BayHSchPG werden die Mehrheitsverhältnisse der Senatsmitglieder nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 6 gesondert ermittelt und ausgewiesen.

§ 6

Hochschulrat

- (1) Abweichend von Art. 26 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Hochschulrat an:
1. vier Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 2. eine Vertreterin oder ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 3. zwei Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden,
 4. sieben Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und beruflicher Praxis (nicht hochschulangehörige Mitglieder).
- (2) ¹Die hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats nach Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 gehen aus gruppenspezifischen Urwahlen hervor und dürfen nicht zugleich Mitglieder des Senats sein. ²Für ihre Wahl und Amtszeit gelten §§ 2 bis 19 der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) entsprechend. ³Erfolgt die Stimmabgabe nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§ 2 Abs. 1 Satz 1 BayHSchWO), so gilt abweichend von § 11 Abs. 4 Satz 1 BayHSchWO für die Vergabe der Stimmen Art. 34 Nrn. 2, 3 und

5 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) sinngemäß. ⁴Für die Feststellung des Wahlergebnisses gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 BayHSchWO wird anstelle der gültigen Stimmzettel auf die gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, abgestellt.

- (3) ¹Von den sieben nicht hochschulangehörigen Mitgliedern des Hochschulrats sollen mindestens zwei Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft und Kultur sowie mindestens zwei Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft und beruflicher Praxis kommen. ²Die durch das Präsidium gemeinsam mit dem Staatsministerium zu erstellenden Vorschläge für die Bestellung der nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats bedürfen der Bestätigung des Senats.
- (4) ¹Der Hochschulrat wählt aus der Mitte der nicht hochschulangehörigen Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und abweichend von Art. 26 Abs. 4 Satz 2 BayHSchG aus der Mitte der hochschulangehörigen Mitglieder eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. ²Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Hochschulrats erhält.
- (5) Hat der Hochschulrat infolge der Wahl oder Bestellung neuer Mitglieder weder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden noch eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden, so lädt die Präsidentin oder der Präsident zur Sitzung des neugewählten Hochschulrates ein und leitet diese bis zur Wahl einer neuen Hochschulratsvorsitzenden oder eines neuen Hochschulratsvorsitzenden.
- (6) Die Präsidentin oder der Präsident informiert den Senat über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen des Hochschulrats.

§ 7

Aufgaben der zentralen Organe

- (1) Für die Aufgaben der zentralen Organe gilt die gesetzliche Zuständigkeitsverteilung, soweit nicht die folgenden Absätze Abweichungen hiervon bestimmen.

- (2) ¹Abweichend von Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG beschließt über die **Grundordnung** und deren Änderungen sowie über **Anträge nach Art. 106 Abs. 2 BayHSchG** der Senat auf Vorschlag des Präsidiums und nach Anhörung des Hochschulrats. ²Ändert der Senat den Vorschlag des Präsidiums ab, muss der Hochschulrat nur dann erneut angehört werden, wenn die oder der Vorsitzende des Hochschulrats dies innerhalb einer Woche, nachdem sie oder er von dem Beschluss des Senats in Kenntnis gesetzt worden ist, verlangt.
- (3) ¹Abweichend von Art. 24 Abs. 3 Nr. 2 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 BayHSchG stellt das Präsidium den **Entwicklungsplan** unter Einbeziehung der Entwicklungspläne der Fakultäten auf, schreibt ihn fort und legt ihn dem Senat und dem Hochschulrat zur Beschlussfassung in gemeinsamer Sitzung vor. ²Für die Beschlussfassung gilt das Verfahren nach § 3 Abs. 7 entsprechend.
- (4) Abweichend von Art. 24 Abs. 3 Nr. 3 BayHSchG beschließt das Präsidium Vorschläge für die Bestimmung von **Forschungsschwerpunkten** und die Einrichtung von **Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs** und entsprechenden Einrichtungen; Art. 25 Abs. 3 Nr. 3 BayHSchG bleibt unberührt.
- (5) Die Entscheidung nach Art. 24 Abs. 3 Nr. 4 BayHSchG (**Schwerpunkte des Haushalts**) trifft das Präsidium nach Anhörung des Senats und des Hochschulrats.
- (6) Abweichend von Art. 24 Abs. 3 Nr. 5 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 BayHSchG beschließt der Hochschulrat auf Antrag des Präsidiums und nach Zustimmung des Senats über Vorschläge zur **Gliederung der Hochschule in Fakultäten**.
- (7) Abweichend von Art. 25 Abs. 3 Nr. 4 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 7 BayHSchG beschließt der Senat nach Stellungnahme des Hochschulrats über die **Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen**; Art. 57 Abs. 3 BayHSchG bleibt unberührt.

§ 8 Ehrungen

- (1) Die Universität kann auf Vorschlag des Präsidiums durch Beschluss des Senats an Personen, die sich um die Universität verdient gemacht haben, die Würde einer Ehrengestaltin oder eines Ehrengestaltens oder die Universitätsmedaille verleihen.
- (2) Die Fakultäten können durch Beschluss des Fakultätsrats im Einvernehmen mit dem Präsidium an Personen, die sich um die Fakultät verdient gemacht haben, die Fakultätsmedaille verleihen.

- (3) Auf Antrag einer Fakultät wird durch das Präsidium der Universität Bayreuth der Titel „Distinguished Affiliated Professor“ für die Dauer von drei bis fünf Jahren an internationale Gäste vergeben, die in der Regel Inhaber einer Professur an einer anderen Universität sind und regelmäßig wiederkehrende oder andauernde Aktivitäten für die Universität Bayreuth in Lehre und/oder Forschung über einen längeren Zeitraum (in der Regel zwischen drei und fünf Jahren) von hervorgehobener Bedeutung erbringen.

II. Abschnitt: Die Fakultäten

§ 9 Fakultäten

An der Universität Bayreuth bestehen folgende Fakultäten

1. die Fakultät für Mathematik, Physik und Informatik,
2. die Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften,
3. die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
4. die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät,
5. die Kulturwissenschaftliche Fakultät,
6. die Fakultät für Ingenieurwissenschaften.

§ 10 Dekaninnen und Dekane

- (1) ¹Die Amtszeit der Dekaninnen und Dekane beträgt zwei Jahre. ²Wiederwahl ist zulässig.
- (2) ¹Beginnt die Amtszeit der neu zu wählenden Dekanin oder des neu zu wählenden Dekans gleichzeitig mit der Amtszeit des neu gewählten Fakultätsrats, kann die Fakultät die Dekanin oder den Dekan entweder noch vom alten oder vom neuen Fakultätsrat wählen lassen. ²Hat der alte Fakultätsrat keine Dekanin oder keinen Dekan gewählt, so hat die Wahl durch den neuen Fakultätsrat spätestens drei Monate nach Beginn ihrer oder seiner Amtszeit zu erfolgen; die alte Dekanin oder der alte Dekan führt bis dahin die Amtsgeschäfte fort; die Amtszeit der neuen Dekanin oder des neuen Dekans verschiebt sich hierdurch nicht.
- (3) Für die Wahl der Dekanin oder des Dekans erstellt der Fakultätsrat aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren der Fakultät einen Wahlvorschlag mit bis zu drei Kandidatinnen und Kandidaten; dieser Wahlvorschlag erfolgt abweichend von Art. 28 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG im Benehmen mit dem Präsidium.

§ 11

Prodekaninnen und Prodekane

- (1) ¹Die Amtszeit der Prodekaninnen und Prodekane beträgt zwei Jahre. ²Wiederwahl ist zulässig.
- (2) ¹Jede Fakultät hat mindestens eine Prodekanin oder einen Prodekan. ²Mit Zustimmung des Senats kann der jeweilige Fakultätsrat eine weitere Prodekanin oder einen weiteren Prodekan wählen.
- (3) ¹Die Prodekanin oder der Prodekan wird aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren der Fakultät auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans gewählt. ²Sofern eine Fakultät eine weitere Prodekanin oder einen weiteren Prodekan wählt, kann eine der Prodekaninnen oder einer der Prodekane aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewählt werden. ³Für den Zeitpunkt und das Verfahren der Wahl gilt § 10 Abs. 2 entsprechend.

§ 12

Studiendekaninnen und Studiendekane

- (1) ¹Jede Fakultät hat mindestens eine Studiendekanin oder einen Studiendekan. ²Mit Zustimmung des Senats kann der jeweilige Fakultätsrat eine weitere Studiendekanin oder einen weiteren Studiendekan wählen.
- (2) ¹Fällt der Amtszeitbeginn der Studiendekanin oder des Studiendekans mit dem Beginn der Amtszeit eines neugewählten Fakultätsrats zusammen, so kann die Fakultät die Studiendekanin oder den Studiendekan entweder noch vom alten oder vom neuen Fakultätsrat wählen lassen. ²§ 10 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) ¹Die Studiendekanin oder der Studiendekan übernimmt die Qualitätssicherung der Studiengänge gemäß Art. 30 Abs. 2 BayHSchG in Abstimmung mit den Studiengangsmoderatorinnen und Studiengangsmoderatoren und den Studierenden der jeweiligen Fakultät. ²Das Verfahren der Abstimmung nach Satz 1 wird durch die Studiendekanin oder den Studiendekan im Einvernehmen mit dem Fakultätsrat festgelegt. ³Ziel der Abstimmung ist, die Studiendekanin oder den Studiendekan bei der Erstellung des Lehrberichts und bei der Durchführung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu unterstützen.

- (4) ¹Im Rahmen der ihr oder ihm gemäß Art. 30 Abs. 2 BayHSchG obliegenden Berichtspflicht sowie des universitätsweiten Qualitätsmanagements für Studium und Lehre legt die Studiendekanin oder der Studiendekan der Hochschulleitung jährlich den Lehrbericht gemäß der Qualitätssicherungs- und Evaluationssatzung an der Universität Bayreuth in der gültigen Fassung vor; die Hochschulleitung trägt dafür Sorge, dass der Lehrbericht an die Präsidialkommission für Lehre und Studium und die Präsidialkommission für Lehrerbildung weitergeleitet wird. ²Art. 30 Abs. 2 Nr. 4 BayHSchG bleibt unberührt. ³Bei der Vorlage des Lehrberichts sind insbesondere die datenschutzrechtlichen Bestimmungen gemäß Art. 30 Abs. 2 Nr. 4 und Art. 10 Abs. 3 Satz 2 BayHSchG zu beachten.

§ 13

Fakultätsräte

- (1) ¹Dem Fakultätsrat gehören an
1. die Dekanin oder der Dekan,
 2. die Prodekanin oder der Prodekan sowie etwaige weitere Prodekaninnen und Prodekane,
 3. die Studiendekanin oder der Studiendekan oder, sofern eine Fakultät mehrere Studiendekaninnen und Studiendekane hat, eine von diesen zu bestimmende Vertretung,
 4. sechs Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG),
 5. zwei Vertreterinnen und Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG),
 6. eine Vertreterin oder ein Vertreter der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG),
 7. zwei Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden,
 8. die oder der Frauenbeauftragte der Fakultät.
- ²Für die Wahl und die Amtszeit der Mitglieder der Fakultätsräte nach Satz 1 Nrn. 4 bis 7 gelten die Vorschriften der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16.06.2006 (GVBl. S. 338) in der jeweils gültigen Fassung ³Erfolgt die Stimmabgabe nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§ 2 Abs. 1 Satz 1 BayHSchWO), so gilt abweichend von § 11 Abs. 4 Satz 1 BayHSchWO für die Vergabe der Stimmen Art. 34 Nrn. 2, 3 und 5 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) sinngemäß.
- ⁴Für die Feststellung des Wahlergebnisses gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 BayHSchWO wird anstelle der gültigen Stimmzettel auf die gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, abgestellt.
- (2) ¹Bei Angelegenheiten, die die Berufung von Professorinnen und Professoren sowie Promotionen betreffen, und soweit der Fakultätsrat im Rahmen des Habilitationsverfahrens

entscheidet, haben alle Professorinnen und Professoren der Fakultät das Recht, stimmberechtigt mitzuwirken. ²Bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit bleiben die zusätzlich mitwirkungsberechtigten Professorinnen und Professoren außer Betracht.

- (3) ¹Der Fakultätsrat in seiner Zusammensetzung nach Abs. 2 ist in Berufungsangelegenheiten vom Berufungsausschuss über das Ergebnis seiner Beratungen zu informieren. ²Die Professorinnen und Professoren der jeweiligen Fakultät haben das Recht zur Einsicht in die Bewerbungsunterlagen.

III. Abschnitt: Weitere Organe und Einrichtungen der Universität

§ 14

Organe der Qualitätssicherung in Studium und Lehre

- (1) ¹Die Universität unterhält ein System zur Sicherung der Qualität ihrer Arbeit im Bereich Studium und Lehre. ²Dieses schließt regelmäßige Lehr- und Studiengangsevaluationen sowie ein Verfahren der internen Akkreditierung von Studiengängen ein; bei der Einrichtung von Studiengängen, der Änderung von Qualifikationszielen und der internen Akkreditierung von Studiengängen wird auch externe Expertise eingeholt.
- (2) ¹Auf zentraler Ebene wird hierfür die Stabsstelle Qualitätssicherung (Stabsstelle QS) eingerichtet, deren Arbeit von einem QS-Beirat unterstützt wird. ²Von den Fakultäten wird für jeden Studiengang eine Studiengangsmoderatorin oder ein Studiengangsmoderator gewählt.
- (3) Das Nähere, auch hinsichtlich weiterer Akteure und Verfahren der Qualitätssicherung, regelt die Qualitätssicherungs- und Evaluationssatzung an der Universität Bayreuth in der jeweils geltenden Fassung.

§ 15

Forschungseinrichtungen

- (1) ¹An der Universität können zentrale Forschungseinrichtungen (Forschungszentren) und Betriebseinheiten eingerichtet werden. ²Die Entscheidung über ihre Einrichtung trifft das Präsidium. ³Gleiches gilt für Forschungseinrichtungen, die einer oder mehreren Fakultäten zugeordnet sind (Forschungsstellen). ⁴Dem Hochschulrat ist gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8 BayHSchG Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ⁵Der Senat wird entsprechend informiert. ⁶Die Entscheidungskompetenz des Senats gemäß Art. 25 Abs. 3 Nr. 1 BayHSchG hinsichtlich der Ordnung der jeweiligen Forschungseinrichtung bleibt unberührt. ⁷Eine Liste der Forschungszentren und Forschungsstellen der Universität Bayreuth wird durch das Präsidium veröffentlicht und aktualisiert.
- (2) ¹Als Teil des Bayreuther Instituts für Afrikastudien (IAS) der Universität Bayreuth wird die Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS) gemäß Art. 19 Abs. 5 Satz 5 i. V. m. Abs. 6 Satz 1 BayHSchG eingerichtet, die für die Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften, für die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät und für die Kulturwissenschaftliche Fakultät das Promotionsrecht für die Kollegiatinnen und Kollegiaten der BIGSAS wahrnimmt. ²Das Nähere über das Promotionsverfahren und die Prüfungsorgane regelt die Promotionsordnung.
- (3) ¹An der Universität Bayreuth wird gemäß Art. 19 Abs. 5 Satz 5 i.V.m. Abs. 6 Satz 1 BayHSchG die Bayreuther Graduiertenschule für Mathematik und Naturwissenschaften/Bayreuth Graduate School of Mathematical and Natural Sciences (BayNAT), die für die Fakultät für Mathematik, Physik und Informatik sowie für die Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften das Promotionsrecht wahrnehmen kann, eingerichtet. ²Das Nähere über das Promotionsverfahren und die Prüfungsorgane regelt die zugehörige Promotionsordnung.
- (4) ¹An der Universität Bayreuth wird gemäß Art. 19 Abs. 5 Satz 5 in Verbindung mit Abs. 6 Satz 1 BayHSchG die University of Bayreuth Graduate School eingerichtet. ²Sie dient der strukturierten wissenschaftlichen Graduiertenförderung mit Promotionsziel. ³Doktorandinnen und Doktoranden mit einer gültigen Mitgliedschaft in der University of Bayreuth Graduate School sind gemäß Art. 17 Abs. 1 Satz 6 BayHSchG Mitglieder der Universität Bayreuth, auch wenn sie nicht als Studierende immatrikuliert sind und nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zur Universität stehen. ⁴Die Mitgliedschaft steht allen Doktorandinnen und Doktoranden der Universität Bayreuth offen; sie ist freiwillig und erfolgt auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden. ⁵Die Organe der University of Bayreuth Graduate School sind
1. der Vorstand,
 2. die Direktorin oder der Direktor der University of Bayreuth Graduate School und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihre oder sein Stellvertreter und

3. die Doktorandenvertretung (Doktorandenvollversammlung, Sprecherinnen und Sprecher der Doktoranden und ihre oder seine Stellvertreter).

⁶Der Doktorandenvollversammlung der University of Bayreuth Graduate School gehören alle Doktoranden der University of Bayreuth Graduate School an. ⁷Die Direktorin oder der Direktor der University of Bayreuth Graduate School ist entweder die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident der Universität Bayreuth für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs oder eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer aus dem Kreis der aktiven Professorinnen und Professoren. ⁸Die Direktorin oder der Direktor und ihre oder seine Stellvertreterin bzw. ihr oder sein Stellvertreter werden von der Hochschulleitung für jeweils 3 Jahre ernannt. ⁹Die Leiterinnen und die Leiter der Graduiertenzentren und die Dekaninnen und Dekane besitzen ein Vorschlagsrecht. ¹⁰Der Vorstand der University of Bayreuth Graduate School besteht aus:

1. der Direktorin oder dem Direktor der University of Bayreuth Graduate School und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihrem oder seinem Stellvertreter,
2. je einer Vertreterin oder einem Vertreter jedes Graduiertenzentrums und jeder Fakultät (Dekanin oder Dekan oder andere Vertreterin bzw. anderer Vertreter der Fakultät),
3. der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der Universität Bayreuth,
4. der Sprecherin oder dem Sprecher der Doktorandinnen und Doktoranden und drei Stellvertreterinnen und Stellvertretern sowie
5. einer oder einem der Frauenbeauftragten der Universität Bayreuth.

¹¹Der Vorstand entscheidet über die strategische Ausrichtung der University of Bayreuth Graduate School, überprüft die Umsetzung der Ziele und initiiert die Weiterentwicklung der University of Bayreuth Graduate School.

¹²Zu seinen weiteren Aufgaben gehören u. a.:

1. Entwicklung eines Qualifizierungsrahmens für Doktorandinnen und Doktoranden an der Universität Bayreuth in Abstimmung mit Hochschulleitung und Senat,
2. Stellungnahme an die Hochschulleitung über Gründung, Ordnungsänderung und Beendigung von Graduiertenzentren und Promotionsprogrammen der Universität Bayreuth,
3. Stellungnahme an die Hochschulleitung zu neuen oder geänderten Promotionsordnungen.

¹³Die Direktorin oder der Direktor und die Sprecherin oder der Sprecher der Doktorandenversammlung der University of Bayreuth Graduate School sind beratende Mitglieder des Senats. ¹⁴Näheres über die Ziele und Aufgaben sowie die Organisation der University of Bayreuth Graduate School wird durch ein Statut geregelt.

- (5) Das Präsidium formuliert allgemeine Richtlinien für die Ausgestaltung der Forschungseinrichtungen und veröffentlicht diese.

§ 16

Ombudsman für die Wissenschaft

- (1) Das Präsidium der Universität Bayreuth bestellt mindestens eine Ombudsperson für
 1. den wissenschaftlichen Nachwuchs und
 2. für Selbstkontrolle in der Wissenschaft.
- (2) ¹Das Präsidium beschließt Verfahrensgrundsätze, die die Zuständigkeit und die Funktion der jeweiligen Ombudsperson sowie die einzelnen Stationen des Verfahrens definieren.
²Diese Verfahrensgrundsätze werden hochschulöffentlich bekannt gemacht.

§ 17

Präsidialkommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs

- (1) Unter dem Vorsitz der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs wird eine Präsidialkommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs eingerichtet.
- (2) ¹Der Kommission gehören bis zu sechs Vertreterinnen und Vertreter aus Leitungsgremien der zentralen Forschungseinrichtungen, eine Vertreterin oder ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine Promovierende oder ein Promovierender an. ²Über die genaue Zusammensetzung und weitere Mitglieder entscheidet das Präsidium im Benehmen mit dem Senat.
- (3) ¹Die Präsidialkommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs behandelt strategische Fragen der Forschung an der Universität Bayreuth. ²Sie befasst sich mit Konzepten zur Verbesserung der forschungsorientierten Profilbildung und der Forschungsevaluation. ³Sie berät Vorschläge zur Einrichtung neuer Forschungszentren und Forschungsstellen und erarbeitet Kriterien für die Evaluation ihrer Synergien und ihrer Leistungsfähigkeit. ⁴Die Kommission kümmert sich um die Anliegen des wissenschaftlichen Nachwuchses.

§ 18

Präsidialkommission für Lehre und Studium

- (1) Unter dem Vorsitz der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten für Lehre und Studierende wird eine Präsidialkommission für Lehre und Studium eingerichtet, die Fragen der Organisation und Koordination von Studiengängen, auch soweit sie die Zusammenarbeit der Fakultäten betreffen, beraten und entsprechende Vorschläge unterbreiten soll.

- (2) ¹Der Kommission gehören die Studiendekaninnen und Studiendekane sowie jeweils zwei Vertreterinnen und Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Studierenden an; soweit eine Fakultät mehrere Studiendekaninnen und Studiendekane hat, kann sie nur eine Studiendekanin oder einen Studiendekan stimmbe-rechtigt entsenden. ²Die Studiengangsmoderatorinnen und Studiengangsmoderatoren werden bei Bedarf beratend hinzugezogen.

§ 19

Präsidialkommission für Lehrerbildung

- (1) Den Vorsitz der Präsidialkommission für Lehrerbildung führt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für Lehre und Studierende.
- (2) ¹Der Kommission gehören neben der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden bis zu acht Professorinnen und Professoren an, die mit der Lehrerausbildung befasst sind; außerdem gehören der Kommission mindestens zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, die mit der Lehrerausbildung befasst, sind sowie mindestens zwei Studierende des Lehramts an. ²Die Professorinnen und Professoren verfügen über die Mehrheit der Mitglieder. ³Über die Zusammensetzung und über ständige Gäste entscheidet das Präsidium.
- (3) Die Präsidialkommission für Lehrerbildung berät insbesondere über Fragen der Organisation und Koordination von Lehramtsstudiengängen, auch soweit sie die Zusammenarbeit der Fakultäten betreffen.

§ 20

Präsidialkommission für Internationale Angelegenheiten

- (1) Den Vorsitz der Präsidialkommission für Internationale Angelegenheiten führt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für Internationale Angelegenheiten und Chancengleichheit.
- (2) ¹Der Kommission gehören neben dem Vorsitzenden bis zu acht Professorinnen und Professoren an; außerdem gehören der Kommission zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Studierende an. ²Über die Zusammensetzung und über ständige Gäste entscheidet das Präsidium.
- (3) ¹Die Präsidialkommission für Internationale Angelegenheiten behandelt strategische Fragen der Internationalisierung der Universität Bayreuth. ²Sie befasst sich mit den Bedingungen der internationalen Hochschulentwicklung und mit Fragen des internationalen

Marketings. ³Sie berät Vorschläge und entwickelt Maßnahmen zur Umsetzung der Internationalisierungsstrategie der Universität Bayreuth. ⁴Sie berät über internationale Kooperationen der Universität Bayreuth, über den internationalen Austausch von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und befasst sich mit der Rekrutierung und Beratung internationaler Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie mit der Akquisition entsprechender Drittmittel.

§ 21

Präsidialkommission Studienzuschüsse

- (1) Den Vorsitz der Präsidialkommission Studienzuschüsse führt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für Lehre und Studierende.
- (2) ¹Der Kommission gehören neben der oder dem Vorsitzenden zwei Professorinnen und Professoren, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und vier Studierende an. ²Über die Zusammensetzung und über ständige Gäste entscheidet das Präsidium.
- (3) Die Präsidialkommission Studienzuschüsse berät insbesondere über die Verwendung der Studienzuschüsse und erörtert alle im Zusammenhang mit der Studienzuschussatzung der Universität Bayreuth auftretenden Fragen.

§ 22

Präsidialkommission für Informations- und Kommunikationstechnologie

- (1) Den Vorsitz der Präsidialkommission für Informations- und Kommunikationstechnologie führt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für Informationstechnologie und Entrepreneurship.
- (2) ¹Der Kommission gehören neben der oder dem Vorsitzenden die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für Lehre und Studierende, die Kanzlerin oder der Kanzler, jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter jeder Fakultät, jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter jeder zentralen Einrichtung, eine Vertreterin oder ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Vertreterin oder ein Vertreter der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Studierendenvertreterin oder ein Studierendenvertreter und die Projektleiterin oder der Projektleiter des Campus-Management-Systems an. ²Über die Zusammensetzung und über ständige Gäste entscheidet das Präsidium.
- (3) Die Präsidialkommission ist verantwortlich für die Informations- und Kommunikationstechnologie an der Universität Bayreuth und berät das Präsidium.

§ 23

Präsidialkommission für Chancengleichheit und Diversitätsmanagement

- (1) Den Vorsitz der Präsidialkommission für Chancengleichheit und Diversitätsmanagement führt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für Internationale Angelegenheiten und Chancengleichheit.
- (2) ¹Der Präsidialkommission gehören neben der oder dem Vorsitzenden die oder der Frauenbeauftragte der Universität und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihre oder sein Stellvertreter, die oder der Beauftragte für schwerbehinderte Mitarbeiter, die oder der Beauftragte für die behinderten Studierenden, die Leiterin oder der Leiter des International Office, die oder der Gleichstellungsbeauftragte, die oder der Beauftragte für eine familiengerechte Hochschule, eine Vertreterin oder ein Vertreter des Konvents der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zwei Studierende an. ²Bei der Auswahl der Studierenden ist dafür Sorge zu tragen, dass die Interessen der ausländischen Studierenden berücksichtigt werden. ³Über die Zusammensetzung und über ständige Gäste entscheidet das Präsidium.
- (3) ¹Die Präsidialkommission ist zuständig für die Verbesserung der Chancengleichheit, die Vereinbarkeit von Familie, Studium und Beruf, das Diversitätsmanagement und die Verhinderung von Diskriminierung. ²Sie erstellt dazu Konzepte, schlägt Zielvereinbarungen insbesondere mit den Fakultäten und entsprechende Maßnahmen vor und überprüft deren Realisierung.
- (4) ¹Die Präsidialkommission bildet einen Ausschuss für Frauenförderung, dem die Frauenbeauftragten der Universität und der Fakultäten, deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie ein Studierender aus jeder Fakultät angehören. ²Die Studierenden werden zu Beginn des Studienjahres von den jeweiligen Fachschaftsvertretungen im Einvernehmen mit dem Studierendenparlament vorgeschlagen. ³Den Vorsitz im Ausschuss für Frauenförderung führt die oder der Frauenbeauftragte der Universität. ⁴Aufgaben des Ausschusses sind insbesondere die Erstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der oder des Frauenbeauftragten der Universität und der Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie die Erstellung des Entwurfs des Frauenförderplans. ⁵Die Aufgaben der Frauenbeauftragten gemäß Art. 4 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 24

Präsidialkommission für wissenschaftliche Personalentwicklung (Bayreuth-Track-Kommission)

- (1) Den Vorsitz der Präsidialkommission für wissenschaftliche Personalentwicklung (Bayreuth-Track-Kommission) hat die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs.

- (2) ¹Der Kommission gehören neben der oder dem Vorsitzenden vier dauerhaft an der Universität Bayreuth tätige Professorinnen oder Professoren, zwei entpflichtete oder im Ruhestand befindliche Professorinnen oder Professoren der Universität Bayreuth sowie zwei externe Professorinnen oder Professoren an. ²Jedes Geschlecht muss mit mindestens zwei Personen in der Präsidialkommission vertreten sein. ³Über die Zusammensetzung und ständige Gäste entscheidet das Präsidium im Benehmen mit dem Senat.
- (3) ¹Die Präsidialkommission für wissenschaftliche Personalentwicklung ist verantwortlich für die Umsetzung des Bayreuth-Track-Verfahrens indem sie die Universität Bayreuth in ihrer Zielsetzung unterstützt, planbare und verlässliche Karriereperspektiven für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf allen Ebenen zu schaffen. ²Sie unterstützt die jeweilige Berufungskommission nach dem Antrag auf eine Bayreuth-Track-Professur beim Berufungsverfahren.

§ 25

Zentrum für Lehrerbildung (ZLB)

- (1) ¹Das Zentrum für Lehrerbildung (ZLB) ist eine zentrale Einrichtung der Universität Bayreuth nach Art. 19 Abs. 5 Satz 2 Halbsatz 2 BayHSchG mit dem Ziel der Koordinierung der mit der Lehrerbildung zusammenhängenden Fragen. ²Das ZLB ist insbesondere in den Aufgabenbereichen universitäre Lehrerbildung, Lehrerfortbildung, Schulkooperationen und Öffentlichkeitsarbeit tätig.
- (2) Mitglieder des ZLB sind für die an der Universität Bayreuth eingerichteten Lehramtsfächer inklusive Erziehungswissenschaften je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fachwissenschaft, je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fachdidaktik, die Studiengangsmoderatorinnen und Studiengangsmoderatoren der Lehramtsstudiengänge sowie vier Lehramtsstudierende.
- (3) Die Organisation und die Struktur des Zentrums ergeben sich aus der Ordnung des ZLB.

§ 26

Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- (1) Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fakultätsräten, im Senat und im Hochschulrat, die der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angehörenden Frauenbeauftragten und Mitglieder der Präsidialkommissionen sowie die Sprecherin oder der Sprecher der Doktorandenvertretung der University of Bayreuth Graduate School bilden zur gegenseitigen Information und Koordination ihrer Gremientätigkeit den Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- (2) ¹Der Konvent wählt eine Sprecherin oder einen Sprecher und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. ²Ihre Amtszeit beträgt zwei Jahre. ³Die Präsidentin oder der Präsident lädt zur konstituierenden Sitzung und leitet diese bis zur Wahl der Sprecherin oder des Sprechers.
- (3) Der Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benennt die ständigen Vertreterinnen und Vertreter in Ausschüssen und Kommissionen der Universität, die nicht durch Hochschulwahlen legitimiert werden.
- (4) Zur Erfüllung seiner Aufgaben werden dem Konvent Mittel in angemessenem Umfang zur Verfügung gestellt.

§ 27

Studierendenvertretungen

- (1) ¹Abweichend von Art. 52 BayHSchG wird der Studentische Konvent an der Universität Bayreuth „Studierendenparlament (StuPa)“ genannt. ²Abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG gehören dem Studierendenparlament an
 1. die Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden im Senat und im Hochschulrat,
 2. zwei von den Fachschaften benannte Fachschaftsmitglieder, wobei es sich bei mindestens einem Fachschaftsmitglied um die Fachschaftssprecherin oder den Fachschaftssprecher bzw. um ihre Stellvertreterin oder ihren Stellvertreter oder um seine Stellvertreterin oder seinen Stellvertreter handeln muss,
 3. zwölf weitere gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden.³Die Vertreterinnen und Vertreter nach Satz 2 Nr. 2 werden von den Fachschaften nach deren Wahl benannt; nicht benannt werden kann eine Fachschaftsvertreterin oder ein Fachschaftsvertreter, die oder der bereits Vertreterin oder Vertreter der Studierenden im Senat oder im Hochschulrat und zugleich eine oder einer der zwölf weiteren gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden ist. ⁴Für die Wahl und die Amtszeit der Vertreterinnen und Vertreter nach Satz 2 Nr. 3 gelten die Vorschriften der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16.06.2006 (GVBl. S. 338) in der jeweils gültigen Fassung. ⁵Erfolgt die Stimmabgabe nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§ 2 Abs. 1 Satz 1 BayHSchWO), so gilt abweichend von § 11 Abs. 4 Satz 1 BayHSchWO für die Vergabe der Stimmen Art. 34 Nrn. 2, 3 und 5 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) sinngemäß. ⁶Für die Feststellung des Wahlergebnisses gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 BayHSchWO wird anstelle der gültigen Stimmzettel auf die gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, abgestellt. ⁷Die Mitglieder des Studierendenparlaments wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.

- (2) ¹Das Studierendenparlament wählt abweichend von Art. 52 Abs. 3 Satz 2 BayHSchG die sechs Mitglieder des Sprecherrats; diese müssen nicht aus der Mitte des Studierendenparlaments kommen. ²Bei der Wahl hat jedes wahlberechtigte Mitglied sechs Stimmen, die kumuliert werden können.
- (3) ¹Abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 BayHSchG wird ein Fachschaf-tenrat nicht gebildet. ²Ein beratender Ausschuss, in dem Belange der Fachschaften ko-ordiniert werden, kann jederzeit von den Fachschaften oder vom Studierendenparlament eingesetzt werden. ³Die Übersicht über die voraussichtlichen Ausgaben wird vor der Vor-lage an das Präsidium abweichend von Art. 53 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG mit der Mehr-heit des Studierendenparlaments verabschiedet.
- (4) Ständen für die Wahl einer Fachschaftsvertretung nicht genügend Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl, so benennt das Präsidium auf Vorschlag der gewählten Fach-schaftsvertreterinnen und Fachschaftsvertreter weitere Studierende der Fakultät zur Er-reichung der gesetzlichen Mitgliederzahl.

§ 28

Frauenbeauftragte

- (1) ¹Die Amtszeit der oder des Universitätsfrauenbeauftragten beträgt zwei Jahre und be-ginnt jeweils am 1. Oktober. ²Wiederwahl ist zulässig. ³Scheidet eine Frauenbeauftragte oder ein Frauenbeauftragter vorzeitig aus dem Amt aus, findet spätestens in der über-nächsten Sitzung des zuständigen Kollegialorgans eine Nachwahl für den Rest der Amtszeit statt. ⁴Die oder der Frauenbeauftragte der Universität hat das Recht an den Sitzungen aller Gremien und Kommissionen der Universität, in denen sie oder er nicht stimmberechtigtes Mitglied ist, mit beratender Stimme teilzunehmen; für die Beteiligung an Sitzungen des Präsidiums gilt § 2 Abs. 4. ⁵Die oder der Frauenbeauftragte hat bis zu drei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.
- (2) ¹Die Amtszeit der Fakultätsfrauenbeauftragten beträgt zwei Jahre und beginnt jeweils am 1. Oktober. ²Die Fakultätsfrauenbeauftragten haben bis zu zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. ³Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.
- (3) ¹Die Universität stellt den Frauenbeauftragten zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung. ²Frauenbeauftragte sollen für die Dauer ihrer Tätigkeit unter Berücksichtigung des Umfangs ihrer Arbeiten von anderen dienstli-chen Aufgaben entlastet werden.

§ 29

Beauftragte oder Beauftragter für eine familiengerechte Hochschule

¹Die oder der Beauftragte für eine familiengerechte Hochschule wird durch die Hochschulleitung bestellt. ²Sie oder er setzt sich insbesondere für familiengerechte Arbeits- bzw. Studienbedingungen ein und fördert die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie. ³Die jeweils zuständigen Organisationseinheiten im wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Bereich der Universität Bayreuth arbeiten der oder dem Beauftragten insoweit zu und unterstützen sie oder ihn bei ihren bzw. seinen Aufgaben. ⁴Die Aufgaben der Frauenbeauftragten gemäß Art. 4 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 30

Beauftragte oder Beauftragter für Studierende mit Behinderung

- (1) Das Präsidium bestellt im Benehmen mit dem Studierendenparlament eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Studierende mit Behinderung.
- (2) ¹Diese oder dieser hat die Eingliederung behinderter Studierender in die Universität zu fördern, ihre spezifischen, das Studium und die Prüfungen betreffenden Interessen zu vertreten und ihnen beratend und helfend zur Seite zu stehen. ²Sie oder er nimmt ihre oder seine Aufgabe insbesondere dadurch wahr, dass sie oder er
 1. Anregungen und Anträge zur Vermeidung von Nachteilen für die behinderten Studierenden entgegennimmt und an die zuständigen Organe und Gremien der Universität weiterleitet,
 2. jährlich einen Bericht über die Situation der behinderten Studierenden an der Universität erstattet und dem Präsidium zuleitet.³Sie oder er arbeitet dabei auch mit dem Sprecherrat zusammen.
⁴In den Entscheidungsgremien sind die Anregungen und Initiativen der oder des Behindertenbeauftragten gemäß Art. 2 Abs. 3 Satz 3 BayHSchG zu behandeln und sie oder er ist dabei anzuhören.

§ 31

Kuratorium

- (1) Zur Unterstützung der Interessen der Universität Bayreuth in der Öffentlichkeit sowie zur Beratung und Förderung der Universität Bayreuth in ihrer Arbeit wird ein Kuratorium gebildet.

- (2) ¹Dem Kuratorium gehören bis zu 20 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Politik an, die den Anliegen der Universität Bayreuth besonders verbunden sind. ²Die Mitglieder werden durch die Hochschulleitung für die Dauer von fünf Jahren bestellt.
- (3) ¹Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. ²Die oder der Vorsitzende beruft das Kuratorium in jedem Kalenderjahr zu mindestens einer Sitzung ein. ³Die Präsidentin oder der Präsident lädt zur konstituierenden Sitzung des jeweils neu bestellten Kuratoriums ein und leitet diese bis zur Wahl der oder des Kuratoriumsvorsitzenden.

IV. Abschnitt: Wahlverfahren

§ 32

Anwendungsbereich

Für die Wahlen der Präsidentin oder des Präsidenten, der Vizepräsidentinnen oder der Vizepräsidenten, der Dekaninnen und Dekane, der Prodekaninnen und Prodekane, der Studiendekaninnen und Studiendekane, der Frauenbeauftragten der Universität und der Fakultäten mit ihren jeweiligen Stellvertreterinnen und Stellvertretern, der oder des stellvertretenden Senatsvorsitzenden, der oder des Vorsitzenden des Hochschulrats und ihrer bzw. seiner Stellvertreterin oder ihres bzw. seines Stellvertreters, der Sprecherin oder des Sprechers des Konvents der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer oder seiner zwei Stellvertreterinnen und Stellvertreter, der Mitglieder des Sprecherrats sowie der oder des Vorsitzenden des Studierendenparlaments, der oder des Vorsitzenden des Sprecherrats, der oder des Vorsitzenden der Fachschaftsvertretungen mit ihren jeweiligen Stellvertreterinnen und Stellvertretern gelten folgende allgemeine Vorschriften, soweit in dieser Grundordnung keine besonderen Bestimmungen getroffen sind.

§ 33

Abstimmungen

- (1) ¹Wahlvorschläge können von allen Mitgliedern des Wahlgremiums bis zu Beginn des Wahlgangs gemacht werden. ²Über Wahlvorschläge kann nur abgestimmt werden, wenn das Einverständnis der vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber zur Kandidatur vorliegt.
- (2) ¹Das jeweils zuständige Wahlgremium bestimmt eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter. ²Vor Beginn der Wahl stellt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter die Beschlussfähigkeit des Wahlgremiums fest.

- (3) ¹Das Wahlgremium ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ²Schriftliche Stimmrechtsübertragungen sind mit den Maßgaben des § 42 Abs. 3 zulässig und bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit nach Abs. 2 Satz 2 zu berücksichtigen.
- (4) Die Wahlen werden grundsätzlich in geheimer Abstimmung und ohne Aussprache durchgeführt; die Stimmabgabe erfolgt schriftlich.
- (5) Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn
 1. auf ihm keiner der vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten gekennzeichnet ist (Stimmenthaltung),
 2. in ihm eine Person benannt ist, die nicht vorgeschlagen ist,
 3. er Zusätze oder Vorbehalte enthält,
 4. der Wille der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennbar ist.

§ 34

Wahlergebnis

- (1) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter stellt das Wahlergebnis fest und gibt es bekannt. ²Über den Ablauf der Wahl ist eine von der Wahlleiterin oder vom Wahlleiter zu unterzeichnende Niederschrift zu fertigen.
- (2) ¹Ist nur eine Kandidatin oder ein Kandidat zu wählen, ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen aller Mitglieder des Wahlgremiums erhält. ²Erreicht im ersten Wahlgang keine Kandidatin oder kein Kandidat diese Mehrheit, so findet, wenn nicht ein neues Wahlverfahren eingeleitet wird, in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den beiden Kandidatinnen und Kandidaten statt, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmzahl erreicht haben. ³Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. ⁴Bei Stimmgleichheit findet ein dritter Wahlgang statt; führt dieser wiederum zur Stimmgleichheit gilt Abs. 4. ⁵Kandidiert nur eine Bewerberin oder ein Bewerber für das Amt, ist sie oder er gewählt, wenn die Zahl der abgegebenen gültigen Ja-Stimmen die Zahl der abgegebenen gültigen Nein-Stimmen übersteigt.
- (3) ¹Sind mehrere Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit den meisten Stimmen gewählt. ²Bei Stimmgleichheit ist bezüglich der betroffenen Kandidatinnen und Kandidaten ein weiterer Wahlgang durchzuführen. ³Bei erneuter Stimmgleichheit gilt Abs. 4.
- (4) Kommt die Wahl nicht zustande, ist umgehend ein neues Wahlverfahren einzuleiten und durchzuführen.

§ 35

Annahme der Wahl

- (1) ¹Die jeweilige Wahlleiterin oder der jeweilige Wahlleiter teilt den Gewählten das Wahlergebnis unverzüglich mit und fordert sie auf, entweder in der Wahlsitzung mündlich zur Niederschrift oder schriftlich innerhalb einer Woche zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. ²Geht innerhalb dieser Frist keine Erklärung ein, gilt die Wahl als angenommen. ³Wird die Wahl aus einem wichtigen Grund im Sinne von Art. 18 Abs. 1 Satz 3 BayH-SchG nicht angenommen, ist umgehend ein neues Wahlverfahren einzuleiten und durchzuführen.
- (2) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter sorgt für eine angemessene Veröffentlichung des Wahlergebnisses.

V. Abschnitt: Geschäftsgang

§ 36

Anwendungsbereich

Für den Geschäftsgang der Kollegialorgane und sonstigen Gremien gelten die folgenden Vorschriften, soweit in dieser Grundordnung keine besonderen Bestimmungen getroffen sind.

§ 37

Geschäftsordnungen

Die Kollegialorgane und die anderen Gremien geben sich Geschäftsordnungen nach Bedarf.

§ 38

Mitgliedschaft in den Gremien

- (1) Die Mitglieder aller Präsidialkommissionen werden durch das Präsidium bestellt.
- (2) ¹Die Mitgliedschaft in den Präsidialkommissionen der Universität Bayreuth beträgt grundsätzlich vier Jahre; eine Wiederbestellung für weitere vier Jahre ist zulässig. ²Satz 1 gilt nicht für die Studierenden.
- (3) ¹Die Amtszeit der Studierenden in den Präsidialkommissionen der Universität Bayreuth orientiert sich an der Amtszeit des Studierendenparlaments; mehrjährige Amtszeiten sind möglich. ²Jeweils zu Beginn seiner Amtszeit schlägt das Studierendenparlament dem Präsidium die studentischen Mitglieder für die Präsidialkommissionen vor.

§ 39

Belehrung der Gremienmitglieder

Die Mitglieder der Kollegialorgane und der anderen Gremien werden zu Beginn ihrer Amtszeit von der oder dem Vorsitzenden auf ihre Verschwiegenheitspflicht gemäß Art. 18 Abs. 3 BayH-SchG hingewiesen.

§ 40

Sitzungen und Ladungen zu Sitzungen

¹Die Kollegialorgane und die anderen Gremien tagen in Sitzungen. ²Sie sind mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit einzuberufen. ³Sie werden von der oder dem jeweiligen Vorsitzenden unter Mitteilung der von ihr oder ihm erstellten Tagesordnung geladen. ⁴Die oder der Vorsitzende leitet die Sitzung. ⁵Die Kollegialorgane und die anderen Gremien sind verpflichtet, auf Verlangen des Präsidiums zusammenzutreten, erforderlichenfalls auch kurzfristig. ⁶Sie treten im Bedarfsfall auch während der vorlesungsfreien Zeit zusammen. ⁷Die oder der Vorsitzende eines Kollegialorgans oder eines anderen Gremiums ist verpflichtet, auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder innerhalb von zwei Wochen zu einer Sitzung zu laden; das Verlangen ist schriftlich oder per E-Mail und unter Angabe des zu beratenden Gegenstandes einzureichen. ⁸Die Ladung zu Sitzungen erfolgt schriftlich oder per E-Mail und grundsätzlich mindestens eine Woche vor der Sitzung.

§ 41

Beschlussfähigkeit

- (1) Die Kollegialorgane und die sonstigen Gremien sind beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist; schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht von Mitgliedern mitberücksichtigt.
- (2) ¹Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen und Abstimmungen teilzunehmen. ²Wird ein Kollegialorgan oder ein sonstiges Gremium zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, weil es das erste Mal beschlussunfähig war, ist es ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten beschlussfähig; bei der zweiten Einladung – für die eine Frist von mindestens zwei Tagen einzuhalten ist – muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden.

§ 42

Beschlussfassung

- (1) ¹Die Kollegialorgane und die sonstigen Gremien beschließen mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. ²Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (2) Für Entscheidungen über Personalangelegenheiten gilt Art. 41 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG.
- (3) Schriftliche Stimmrechtsübertragungen auf andere Mitglieder des jeweiligen Gremiums oder auf eine gewählte Ersatzvertreterin oder einen gewählten Ersatzvertreter für einzelne Sitzungen oder Teile von Sitzungen sind zulässig; jedes Mitglied kann nur die Stimmen von insgesamt zwei Mitgliedern auf sich vereinigen.
- (4) Bei Prüfungsgremien sind Stimmrechtsübertragungen, geheime Abstimmungen und Stimmenthaltungen nicht zulässig.
- (5) Unaufschiebbar und eilige Entscheidungen können in allen Gremien der Universität Bayreuth im Umlaufverfahren beschlossen werden.

§ 43

Öffentlichkeit und gastweise Hinzuziehung

- (1) ¹Die Kollegialorgane und sonstige Gremien tagen grundsätzlich nichtöffentlich. ²Sie können im Einzelfall für bestimmte Tagesordnungspunkte einer künftigen Sitzung die Öffentlichkeit beschließen, soweit nicht Personal- und Prüfungsangelegenheiten behandelt werden oder Rechte Dritter oder sonstige rechtliche Gründe entgegenstehen.
- (2) Das Präsidium hat sicherzustellen, dass die Mitglieder der Hochschule und die Öffentlichkeit im erforderlichen Umfang über die Tätigkeit der Kollegialorgane und der anderen Gremien unterrichtet werden.
- (3) Mit Zustimmung der Mitglieder eines Kollegialorgans oder eines anderen Gremiums kann die oder der Vorsitzende Sachkundige im Einzelfall für bestimmte Tagesordnungspunkte gastweise zuziehen.

VI. Abschnitt: Schlussvorschriften

§ 44

Inkrafttreten; Außerkrafttreten

- (1) ¹Diese Grundordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 30. September 2021 außer Kraft. ²Art. 98 und Art. 99 BayHSchG bleiben unberührt. ³Für die Zusammensetzung des Senats (§ 5 Abs. 1), des Hochschulrats (§ 6 Abs. 1), des Studierendenparlaments (§ 25 Abs. 1 Satz 2) und des Sprecherrats (§ 25 Abs. 2) gilt bis zum 30. September 2013 die Grundordnung in der Fassung der Vierten Änderungssatzung vom 10. Dezember 2009. ⁴Die Hochschulwahlen im Sommersemester 2013 sind unter Berücksichtigung der Fassung der Fünften Änderungssatzung vom 25. Februar 2013 durchzuführen.
- (2) Gleichzeitig tritt die Grundordnung der Universität Bayreuth vom 6. November 2000 (KWMBI II 2001, S. 308) außer Kraft.*)

*) Die Achte Änderungssatzung beinhaltet folgende Inkrafttretens-Regelung:

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.